

Entgegen dem Bundestrend

Insolvenzverfahren für Privatpersonen in der Region ist gestiegen

LANDKREIS. Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren im Bezirk des Insolvenzgerichtes Syke, zu dem auch der Landkreis Nienburg gehört, ist im Jahr 2016 entgegen dem Bundestrend gestiegen. Dies teilte die Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg mit.

Die sogenannten Regelin-solvenzverfahren für Firmen

und Selbstständige seien, so Schuldnerberater Wolfgang Lippel, um über 18 Prozent mit 134 Verfahren in 2015 auf 159 in 2016 gestiegen. Diese erhebliche Steigerung entspricht nicht dem Bundestrend, der eine Abnahme dieser Verfahren um 6,4 Prozent vorhersagt.

Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren

für Privatpersonen ist nur geringfügig um gut ein Prozent gestiegen. Hier erhöhte sich die Zahl von 486 in 2015 auf 491 in 2016, was auch gegen den Bundestrend mit sinkenden Verfahrenszahlen laufe (Prognose minus 2,5 Prozent). Weder das Gericht noch der Berater haben hierfür eine Erklärung. Aber auch in früheren Jahren sei die Entwick-

lung hier gelegentlich gegen den Trend gegangen.

Der Schuldnerberater würdigte ausdrücklich die nach wie vor kompetente und zügige Arbeit des Syker Insolvenzgerichtes. Die Zusammenarbeit mit diesem sei seit Jahren gut, wovon sowohl die Ratsuchenden, die Beratungsstelle und auch das Gericht profitieren würden. *DH*

Nienburg stemmt sich gegen den Trend

› Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Landkreis ist gestiegen

NIENBURG (JUK) › Schon wieder ein Brief, der ungeöffnet auf den Stapel wandert. Was drin steht, weiß der Empfänger sowieso. Eine Mahnung, endlich das Geld für den jüngsten Kauf zu bezahlen. Aber wovon? Es ist ja nicht mal genug für die nächste Miete da! Und dann sind da noch die Gläubiger, die langsam mal ihr Geld wiedersehen wollen. Der Schuldenberg wächst und wächst. Existenzängste nehmen allmählich die Luft zum Atmen: Wie soll es weitergehen? Lande ich demnächst auf der Straße? Muss ich verhungern?



Wolfgang Lippel ist gern Schuldnerberater.

Foto: Kreykenbohm

Natürlich gebe es auch unschöne Erlebnisse, wenn er beispielsweise erfahren muss, dass Klienten, denen er monatelang geholfen hat, nicht ehrlich zu ihm waren und etwas verschwiegen haben. „Bei einem Mann erfuhr ich erst durch seinen Chef, dass er spielsüchtig ist und dort viel Geld lässt. Auch von Suchterkrankungen müssen mir meine Klienten erzählen, damit ich die Lage richtig einschätzen und vielleicht auch Hilfe organisieren kann. Wir haben unter anderem auch Kontakt zur Suchtberatung. Wir wollen dem Menschen im Ganzen helfen und nicht nur seine Finanzen in Ordnung bringen, denn sonst bekämpft man nicht die Ursache des Problems.“

Doch es gibt auch immer positive Erlebnisse, die Lippel motivieren. „Die Mutter dreier Kinder hatte über 40 Gläubiger und war hoffnungslos überfordert. Da sie auch zunächst sehr desinteressiert schien, war ich sicher: Das wird nichts. Doch ich habe mich in ihr getäuscht.“ Die Frau kam bald darauf erneut in seine Beratung und fing akribisch an, ihre Probleme anzugehen. „Sie machte alles, was ich ihr aufgetragen habe, sammelte Unterlagen und füllte Formulare aus. Innerhalb eines Jahres machte sie eine unglaubliche Wandlung durch und gewann dadurch auch viel Selbstvertrauen.“

Lippel hofft, dass er künftig noch mehr Leuten helfen kann. Seiner Erfahrung nach nehmen über 80 Prozent der Beratungen einen positiven Verlauf. Am schönsten seien dann Rückmeldungen wie diese: „Dass ich zu ihnen gekommen bin, war die beste Entscheidung meines Lebens.“

Die Menschen, die zu Wolfgang Lippel kommen, sind meist im freien Fall. Wenn sie die Tür zum Büro des Schuldnerberaters des Paritätischen in Nienburg öffnen und auf dem Stuhl vor dem Schreibtisch Platz nehmen, haben sie schon einen langen „Leidensweg“ hinter sich. „Viele sitzen vor mir und zittern regelrecht“, so Lippel. Die Hemmschwelle, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, sei nach wie vor hoch. Vielleicht stellen sich die Klienten vor, dass sie wie von einem strengen Lehrer für ihre Finanzen getadelt werden und einem Menschen gegenüberübersitzen, der sich nur für Zahlen interessiert.

Darum versucht der Schuldnerberater, den Leuten ihre Befangenheit zu nehmen. Oft helfen die Plakate von Borussia Dortmund und dem FC Barcelona, die in seinem Büro hängen. „Die Klienten fragen, ob ich Fußballfan bin und darüber bricht dann schnell das Eis“, sagt der 60-Jährige und lacht. Er weiß, dass seine Klienten sich zu einem schweren Schritt überwinden müssen: einem völlig Fremden sich zu offenbaren. Es geht bei seiner Beratung nämlich nicht

nur um Zahlen und wie man sie wieder in den schwarzen Bereich bringen kann, sondern auch um den Menschen. „Ich muss die Ursachen kennen, die zur Überschuldung geführt haben. Die Leute müssen mir also ihre Geschichte von Anfang bis Ende erzählen. Ehrlichkeit ist die Basis unserer Zusammenarbeit.“

Doch welche Gründe können Menschen in die Schuldenfalle führen? Lippel nennt sie die „Big Six“ – also die großen Sechs. Dazu gehören: Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, Krankheit, Trennung vom Partner oder dessen Tod, gescheiterte berufliche Selbstständigkeit und unwirtschaftliches Konsumverhalten. Und welche der „Big Six“ nennen seine Klienten im Landkreis Nienburg am häufigsten? „Arbeitslosigkeit, Krankheit oder der Verlust des Partners“, antwortet Lippel. Aber auch gescheiterte Selbstständigkeit gehört dazu, wobei die Betroffenen meist die höchsten Schulden haben.

Was die Überschuldung von Privatpersonen angeht, stemmt sich der Landkreis Nienburg üb-

rigens gegen den Bundestrend – allerdings im negativen Sinne. „Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren im Bezirk des Insolvenzgerichtes Syke, zu dem auch der Landkreis Nienburg gehört, ist im Jahr 2016 entgegen dem Bundestrend gestiegen“, sagt Lippel. Die sogenannten Regelinsolvenzverfahren für Firmen und Selbstständige seien um über 18 Prozent mit 134 Verfahren in 2015 auf 159 in 2016 gestiegen. Diese erhebliche Steigerung entspricht nicht dem Bundestrend, der eine Abnahme dieser Verfahren um 6,4 Prozent vorhersagt. Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren für Privatpersonen ist nur geringfügig um gut ein Prozent gestiegen. Dort erhöhte sich die Zahl von 486 in 2015 auf 491 in 2016, was auch gegen den Bundestrend mit sinkenden Verfahrenszahlen laufe (Prognose minus 2,5 Prozent). Weder das Gericht noch Lippel haben hierfür eine Erklärung. Aber auch in früheren Jahren sei die Entwicklung hier gelegentlich gegen den Trend gegangen, so der Berater.

Auch für die Zukunft glaubt er,

dass sich die Überschuldung auf diesem Niveau halten wird. Die Zahl der überschuldeten Haushalte sei in den vergangenen 15 Jahren stabil geblieben. „Sie wird keinesfalls sinken.“ Und das, obwohl die Schuldnerberatung jetzt sogar bessere Werkzeuge an der Hand hat, um den Menschen zu helfen und sie in geregelte Verfahren zu bringen. „Ein wichtiger Schritt war auch das Pfändungsschutz-Konto (P-Konto), das 2010 eingeführt wurde. Damit können die Klienten Freibeträge auf ihrem Girokonto haben, die nicht gepfändet werden und von denen sie leben können.“

Wolfgang Lippel ist seit 31 Jahren Schuldnerberater und kommt immer noch jeden Tag gerne ins Büro. „Ich habe die Möglichkeit, Menschen zu helfen und sie auf ihrem Weg begleiten. Wenn sie zu mir kommen, stellen wir erstmal die Grundversorgung sicher und entwerfen dann einen Plan, wie es weitergeht.“ Der höchste Schuldenstand eines Klienten, an den er sich erinnert, betrug eine Million Euro.

Nienburg stemmt sich gegen den Bundestrend

Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Landkreis ist gestiegen

Von Julia Kreykenbohm

NIENBURG ■ Schon wieder ein Brief, der ungeöffnet auf den Stapel wandert. Was drin steht, weiß der Empfänger sowieso. Eine Mahnung, endlich das Geld für den jüngsten Kauf zu bezahlen. Aber wovon? Es ist ja nicht mal genug für die nächste Miete da! Und dann sind da noch die Gläubiger, die langsam ihr Geld wiedersehen wollen. Der Schuldenberg wächst und wächst. Existenzängste nehmen allmählich die Luft zum Atmen: Wie soll es weitergehen? Lande ich demnächst auf der Straße? Muss ich verhungern?

Die Menschen, die zu Wolfgang Lippel kommen, sind meist im freien Fall. Wenn sie die Tür zum Büro des Schuldnerberaters des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Nienburg öffnen und auf dem Stuhl vor dem Schreibtisch Platz nehmen, haben sie schon einen langen „Leidensweg“ hinter sich. „Viele sitzen vor mir und zittern regelrecht“, so Lippel. Die Hemmschwelle, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, sei nach wie vor hoch. Vielleicht stellen sich die Klienten vor, dass sie wie von einem strengen Lehrer für ihre Finanzen getadelte werden und einem Menschen gegenüber sitzen, der sich nur für Zahlen interessiert.

Darum versucht der Schuldnerberater, den Leuten ihre Befähigung zu nehmen. Oft helfen die Plakate von Borussia Dortmund und dem FC Barcelona, die in seinem Büro hängen. „Die Klienten fragen, ob ich Fußballfan bin und darüber bricht dann schnell das Eis“, sagt der 60-Jährige und lacht. Er weiß, dass seine Klienten sich zu einem schweren Schritt überwinden müssen: einem völlig Fremden sich zu offenbaren. Es geht nämlich bei seiner Beratung nicht nur um Zahlen und wie man sie wieder in den schwarzen Bereich bringen kann, sondern auch um den Menschen. „Ich muss die Ursachen kennen, die zur Überschuldung geführt haben. Die Leute müssen mir also ihre Geschichte von Anfang bis Ende erzählen. Ehrlichkeit ist die Basis unserer



Wolfgang Lippel ist gern Schuldnerberater. ■ Foto: Kreykenbohm

Zusammenarbeit.“

Doch welche Gründe können Menschen in die Schuldenfalle führen? Lippel nennt sie die „Big Six“ – also die großen Sechs. Dazu gehören: Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, Krankheit, Trennung vom Partner oder dessen Tod, gescheiterte berufliche Selbstständigkeit und unwirtschaftliches Konsumverhalten. Und welche der „Big Six“ nennen seine Klienten im Landkreis Nienburg am häufigsten? „Arbeitslosigkeit, Krankheit oder der Verlust des Partners“, antwortet Lippel. Aber auch gescheiterte Selbstständigkeit gehört dazu, wobei die Betroffenen meist die höchsten Schulden haben.

Was die Überschuldung von Privatpersonen angeht, stemmt sich der Landkreis Nienburg übrigens gegen den Bundestrend – allerdings im negativen Sinne. „Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren im Bezirk des Insolvenzgerichtes Syke, zu dem auch der Landkreis Nienburg gehört, ist im Jahr 2016 entgegen dem Bundestrend gestiegen“, sagt Lippel. Die sogenannten Regelinsolvenzverfahren für Firmen und Selbstständige seien um über 18 Prozent mit 134 Verfahren in 2015 auf 159 in 2016 gestiegen. Diese erhebliche Steigerung entspricht nicht dem Bundestrend, der eine Abnahme dieser Verfahren um 6,4 Prozent vorher-sagt.

Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren für Privatpersonen ist nur geringfügig um gut ein Prozent gestiegen. Dort erhöhte sich die Zahl von 486 in 2015 auf 491 in 2016, was auch gegen den Bundestrend mit sinkenden Verfahrenszahlen laufe (Prognose minus 2,5 Prozent). Weder das Gericht noch Lippel haben hierfür eine Erklärung. Aber auch in früheren Jahren sei die Entwicklung hier gelegentlich gegen den Trend gegangen, so der Berater.

Auch für die Zukunft glaubt er, dass sich die Überschuldung auf diesem Niveau halten wird. Die Zahl der überschuldeten Haushalte sei in den vergangenen 15 Jahren stabil geblieben. „Sie wird keinesfalls sinken.“ Und das, obwohl die Schuldnerberatung jetzt sogar bessere Werkzeuge an der Hand hat, um den Menschen zu helfen und sie in geregelte Verfahren zu bringen. „Ein wichtiger Schritt war auch das Pfändungsschutz-Konto (P-Konto), das 2010 eingeführt wurde. Damit können die Klienten Freibeträge auf ihrem Girokonto haben, die nicht gepfändet werden und von denen sie leben können.“

Wolfgang Lippel ist seit 31 Jahren Schuldnerberater und kommt immer noch jeden Tag gerne ins Büro. „Ich habe die Möglichkeit, Menschen zu helfen und sie auf ihrem Weg zu begleiten. Wenn sie zu mir kommen, stellen wir

erstmal die Grundversorgung sicher und entwerfen dann einen Plan, wie es weitergeht.“ Der höchste Schuldenstand eines Klienten, an den er sich erinnert, betrug eine Million Euro.

Natürlich gebe es auch un-schöne Erlebnisse, wenn er beispielsweise erfahren muss, dass Klienten, denen er monatelang geholfen hat, nicht ehrlich zu ihm waren und etwas verschwiegen haben. „Bei einem Mann erfuhr ich erst durch seinen Chef, dass er spielsüchtig ist und dort viel Geld lässt. Auch von Suchterkrankungen müssen mir meine Klienten erzählen, damit ich die Lage richtig einschätzen und vielleicht auch Hilfe organisieren kann. Wir haben unter anderem auch Kontakt zur Suchtberatung. Wir wollen dem Menschen im Ganzen helfen und nicht nur seine Finanzen in Ordnung bringen, denn sonst bekämpft man nicht die Ursache des Problems.“

Doch es gibt auch immer positive Erlebnisse. „Die Mutter dreier Kinder hatte über 40 Gläubiger und war hoffnungslos überfordert. Da sie auch zunächst sehr desinteressiert schien, war ich sicher: Das wird nichts. Doch ich habe mich in ihr getäuscht.“ Die Frau kam erneut in seine Beratung und fing an, ihre Probleme anzugehen. „Sie machte alles, was ich ihr aufgetragen habe, sammelte Unterlagen und füllte Formulare aus. Innerhalb eines Jahres machte sie eine unglaubliche Wandlung durch und gewann dadurch auch viel Selbstvertrauen.“

Lippel hofft, dass er künftig noch mehr Leuten helfen kann. Seiner Erfahrung nach nehmen über 80 Prozent der Beratungen einen positiven Verlauf. Am schönsten seien Rückmeldungen wie: „Dass ich zu ihnen gekommen bin, war die beste Entscheidung meines Lebens.“

Kontakt

Schuldnerberater Wolfgang Lippel berät seine Klienten kostenlos. Er ist unter der Telefonnummer 05021/974515 zu erreichen.

Mehr Insolvenzen in der Region

Schuldnerberater Wolfgang Lippel vom Paritätischen stellt seinen Jahresbericht für das Jahr 2016 vor

LANDKREIS. „Das Thema der privaten Überschuldung ist nach wie vor aktuell, auch wenn bundesweit ein Rückgang der Insolvenzverfahren zu verzeichnen ist. Der Schuldner-Atlas der Creditreform zählt für das Jahr 2016 rund 3,37 Millionen überschuldete Haushalte in Deutschland“, teilt Schuldnerberater Wolfgang Lippel vom Paritätischen mit.

Die Hauptursachen für die Überschuldung, die im IFF-Überschuldungsreport sogenannten „big six“, seien Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, gescheiterte berufliche Selbstständigkeit, unvernünftiges Konsumverhalten, Krankheit oder Sucht und Scheidung oder Trennung. Dies gehe einher mit den Erfahrungen im Landkreis Nienburg.

Die Einführung des sogenannten Basiskontos im Berichtsjahr sei wohl eines der wichtigsten Ereignisse in der Schuldnerberatung gewesen. Nachdem von der Fachwelt jahrzehntelang das verbrieftete Recht auf ein Girokonto eingefordert worden sei, bedurfte es einer EU-Richtlinie, um diese Forderung in Deutschland umzusetzen. Jetzt könne die Eröffnung eines Girokontos mit den Basisfunktionen nur noch in sehr engen gefassten Ausnahmen verweigert werden.

Obwohl die Kontoführung vor Ort durch den guten Willen der örtlichen Geldinstitute fast immer gewährleistet werden konnte, sei dies bundesweit eine erhebliche Verbesserung der Situation von Überschuldeten. Denn ein Leben ohne Girokonto sei in der heutigen Zeit möglich, aber sehr schwierig und führe zu Ausgrenzungen gerade

Eine Übersicht über die Zahl der Insolvenzverfahren in der Region.

auch auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten.

Das Pfändungsschutz- oder kurz P-Konto habe sich als Instrument mit der Bescheinigung von unpfändbaren Beträgen über den Sockelbetrag hinaus etabliert und werde von allen Seiten mittlerweile routiniert angewandt. Das dokumentiere die Zahl von ungefähr 1,8 Millionen P-Konten Ende 2014.

Im Berichtsjahr 2016 fand eine unabhängige Auswertung der bisherigen Erfahrungen mit Benennungen von Verbesserungsvorschlägen statt. „Hier steht zu hoffen, dass strittige Fragen wie die Bescheinigung von Nachzahlungen von Sozialleistungen, die Unpfändbarkeit von angesparten Beträgen sowie die

Zahlungen von wohlätigen Stiftungen einheitlich und im Sinne der Betroffenen geregelt werden.

Lippel: „Bei den Insolvenzverfahren ergibt sich im Bereich des für uns zuständigen Insolvenzgerichtes Syke das Phänomen, dass entgegen dem Bundestrend im Berichtsjahr die Zahl der eröffneten Verfahren gestiegen und nicht gesunken ist.“ Eine Erklärung hierfür liege erstmalig nicht auf der Hand. Auf der EU-Ebene gebe es Neuigkeiten: So soll, wie sich offenbar immer klarer herausstellt, eine einheitliche dreijährige Schuldbefreiungsphase europaweit eingeführt werden.

„Dies würde eine klare Verbesserung für die Überschuldeten bedeuten und den jet-

2016

Entwicklung Insolvenzverfahren im Insolvenzgerichtsbezirk Syke

(aufgeteilt nach Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren)

Quelle: Insolvenzgericht Syke

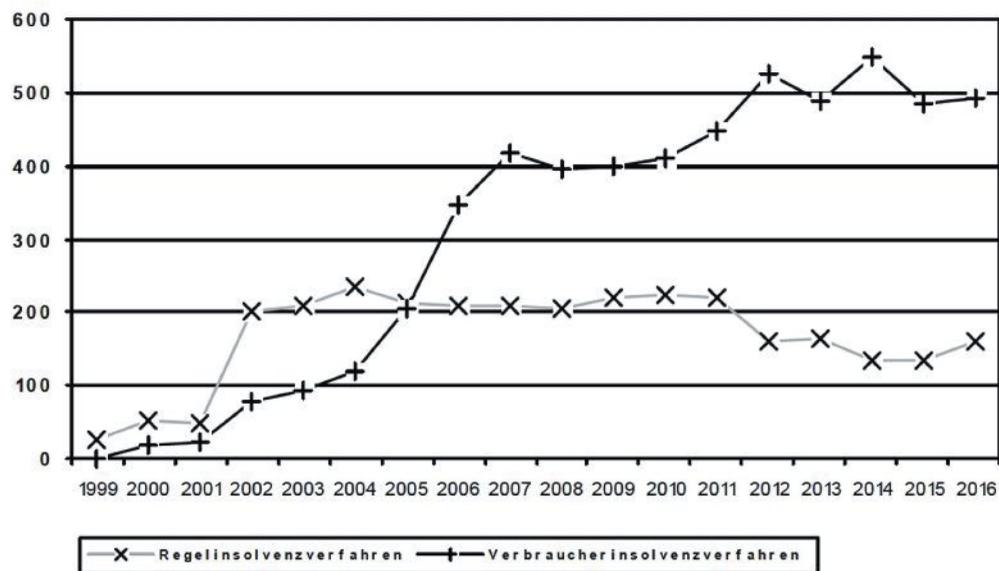


FOTO: PARITÄTISCHER

zigen Standardzeitraum für Deutschland halbieren“, schreibt Lippel.

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 149 Personen beraten. Dies bedeute eine erhebliche Zunahme gegenüber den Vorjahren. Dies sei aber auch der Konsequenzen Aufnahme von kürzeren Beratungen geschuldet, die in den Vorjahren eher vernachlässigt wurden. Hinzu kommen knapp 40 Einmal-, Telefon- und E-Mail-Beratungen. Im gleichen Jahr wurden 90 Bescheinigungen über unpfändbare Beträge bei Pfändungsschutzkonten (sogenannte P-Konto-Bescheinigungen) ausgestellt.

Die Beratungsstelle nimmt seit 2014 an der bundesweiten Statistik zur Verbraucher-

überschuldung teil, die Teilnahme an der Statistik ist Voraussetzung für die weitere Förderung der Beratungsstelle durch das Land Niedersachsen: „Einige wenige Daten werden beim Erstbesuch erhoben, die meisten weiteren für die Bundesstatistik zu einem späteren Zeitpunkt. Dies erklärt die zahlenmäßigen Abweichungen der einzelnen Statistiken, betrifft aber nicht die grundlegenden Aussagen im statistischen Anhang. Es ist nur eine Frage der Quantität und nicht der Qualität der Daten“, heißt es weiter.

Die Schuldnerberatung arbeitet im Nienburger „Arbeitskreis gegen Energiesperren“ mit. Hier wurde gemeinsam mit dem Fachbe-

reich Soziales des Landkreises Nienburg und dem Jobcenter im Landkreis Nienburg ein Faltblatt erstellt, das von angedrohten oder schon erfolgten Energiesperren betroffene Menschen informieren und Hilfestellung geben soll.

Auch gab es zahlreiche Fachgespräche mit dem Landkreis, dem Jobcenter, Bundespolitikern aus der Region und Energieversorgern, um Verbesserungen für die Betroffenen zu erreichen. „Dank sagen möchten wir allen, die teilweise seit Jahrzehnten mit der Beratungsstelle kooperativ und vertrauensvoll zusammengearbeitet und diese auch finanziert haben. Hier ist wieder an erster Stelle der Landkreis Nienburg zu nennen, der wie auch in den Vorjahren der größte Geldgeber der Schuldnerberatung war und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter traditionell gut mit dieser zusammenarbeiten. Dies gilt besonders für die Kolleginnen und Kollegen der Fachbereiche Soziales, Jugend und Gesundheitsdienste sowie des Jobcenters, mit denen sich die Zusammenarbeit sehr gut gestaltet. Auch dem Land Niedersachsen, der Sparkasse Nienburg und den Volksbanken des Landkreises Nienburg gilt unser Dank für die finanzielle Unterstützung“, schreibt Lippel weiter.

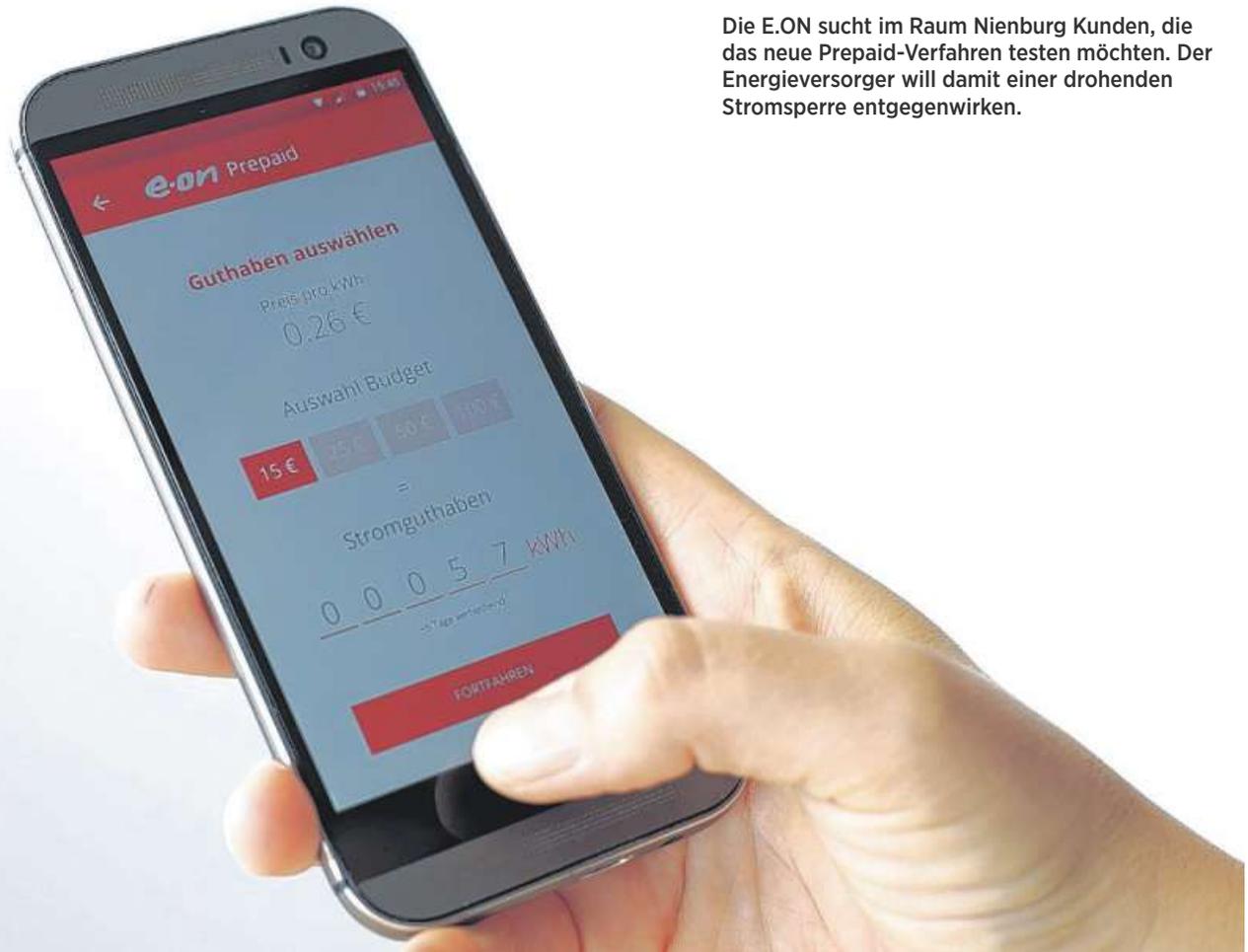
Gerade mit den genannten Geldinstituten gebe es mittlerweile eine lange Tradition der vertrauensvollen Kooperation, die weit über die finanzielle Unterstützung hinausreiche.

DH

Der Stromsperre entgegenwirken

Gespräche zeigten Wirkung: E.ON testet in Nienburg neues Prepaid-Verfahren / Interessierte willkommen

Die E.ON sucht im Raum Nienburg Kunden, die das neue Prepaid-Verfahren testen möchten. Der Energieversorger will damit einer drohenden Stromsperre entgegenwirken.



LANDKREIS. Ab sofort können E.ON-Kunden ihren Stromverbrauch auch mit einem Prepaid-Verfahren bezahlen. Dazu wird das eigene Stromkonto bequem und praktisch aufgeladen. Hierfür sucht der Energieanbieter im Raum Nienburg Kunden, die diese neue Lösung als erste kostenlos testen möchten. Das Angebot richtet sich vorrangig an Haushalte mit geringeren Einkommen. Die Initiative geht aus Gesprächen des Arbeitskreises „Stoppt Energiesperren“ mit dem Energieanbieter hervor.

Damit Kunden den Service nutzen können, ist lediglich die einmalige Installation eines neuen, sogenannten Prepaid-Zählers notwendig. E.ON übernimmt hierfür die Kosten für die Installation und Einrichtung beim Kunden. Anschließend lässt sich über eine App das gewünschte Stromguthaben jederzeit aufladen.

Strom aufladen in wenigen Schritten

Wie funktioniert die Aufladung genau? Der Kunde wählt über seine App zunächst ein gewünschtes Stropaket aus. Dieses kann er mittels der App direkt online oder auch alternativ bar an der Kasse ausgewählter Einzelhändler wie REWE, Penny oder dm zahlen. Ist die Aufladung bestätigt, wird die Information schließlich per Bluetooth an den Zähler weitergegeben.

„Mit unserem neuen Angebot können unsere Kunden ihren Verbrauch genau im Blick behalten und ihr Strom-

Guthaben jederzeit flexibel wieder aufladen“, erklärt Uwe Kolks, Geschäftsführer der E.ON Energie Deutschland. „Nachzahlungen, die beispielsweise bei zu hohen Verbräuchen angefallen sind, gehören damit der Vergangenheit an.“ Das Prepaid-Modell hat darüber hinaus den großen Vorteil, Stromsperrungen zu vermeiden, da das Konto zu keinem Zeitpunkt ins Minus rutschen kann. Denn: Der Kunde ver-

braucht nur den Strom, den er auch bezahlt hat. Kunden erhalten somit volle Übersicht darüber, wie viele Kilowattstunden sie noch verbrauchen können, bis das Guthaben wieder aufgeladen werden muss.

Der Arbeitskreis „Stoppt Energiesperren“, der sich seit rund drei Jahren um Lösungen zur Verhinderung von Energiesperren kümmert, verspricht sich von diesem Projekt einen wichtigen

Schritt in die die richtige Richtung.

Mit der Prepaid-Initiative erweitert E.ON sein umfangreiches Service-Angebot. Bereits im Vorjahr hat E.ON als bundesweit erstes Energieunternehmen ein Zahlhilfe-Programm gestartet, um Kunden unbürokratisch zu unterstützen. Hierfür arbeitet das Unternehmen eng mit regionalen Partnern wie Schuldnerberatungen von Wohlfahrtsverbänden oder speziell

in Nienburg mit dem Jobcenter, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Diakonischen Werk und der Beratungsstelle WohnWege zusammen.

➔ Interessenten können sich direkt per E-Mail an prepaid@eon.de melden oder sich unter der kostenfreien Nummer 0800/6000 403 an die Beratungsstelle der WohnWege in Nienburg, Leinstraße 16, wenden.

Grenzen für Pfändungen steigen

LANDKREIS. Die in der Zivilprozessordnung festgesetzten Pfändungsfreigrenzen werden ab dem 1. Juli erhöht. Dies hat die Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg mitgeteilt.

Weiter heißt es: „Bei Konten- oder Lohnpfändungen haben die Betroffenen Anspruch auf pfändungsgeschützte Beträge, die die Existenz der Überschuldeten sichern sollen.“ Schuldnerberater Wolfgang Lippel weist darauf hin, dass die ab Juli geltenden höheren Freibeträge im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden sind und damit in Kraft treten werden.

Bei Inhabern eines sogenannten P-Kontos, das Pfändungsschutz bei Girokonten gewährleistet, würden von den Geldinstituten die Freibeträge automatisch angepasst. Dies gelte, wenn die Freibeträge von der Schuldnerberatung oder anderen anerkannten Stellen bescheinigt worden sind. Die Ausstellung einer neuen Bescheinigung sei also nicht notwendig. Genauso würde auch mit beim Arbeitgeber vorliegenden Lohnpfändungen verfahren, wobei der Arbeitgeber die neuen Beträge ab Juli anwenden wird.

„Wenn allerdings Pfändungsschutz durch Gerichtsbeschlüsse erwirkt worden sei, müssten diese Beschlüsse beim jeweiligen Amtsgericht angepasst werden. Hier sei es notwendig, bei den Gerichten entsprechende Anträge zu stellen. Bei sogenannten Blankettbeschlüssen, bei denen die Gerichte schon ausgepfändete Zahlungen des Arbeitgebers auf das P-Konto als pfändungsfrei bescheinigt haben, sei eine solche Änderung des Beschlusses aber nicht nötig.“ DH

Grundversorgung mit Energie sichern

Aktionswoche der Schuldnerberatung

NIENBURG. Nienburgs Schuldnerberater Wolfgang Lippel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband fordert die Stärkung der Energie-Grundversorgung für Überschuldete. „Hier sind die tatsächlichen Kosten, die bei der Grundsicherung nur zu einem geringen Teil eingerechnet werden, vollständig zu berücksichtigen“, sagt Lippel. Mit seinem Appell an die Politik möchte Lippel auf die Aktionswoche Schuldnerberatung vom 19. bis zum 23. Juni aufmerksam machen.

Die jährlich stattfindende Woche hat in diesem Jahr den Schwerpunkt ‚Überschuldete brauchen starke Beratung‘. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer Stärkung der Rahmenbedingungen für eine gute Schuldnerberatung.

„Wenn es Schulden bei der Krankenversicherung gibt, müssen die Betroffenen trotzdem eine Regelversorgung erhalten können“, sagt Lippel: „Ebenso muss beruflich Selbstständigen und Kleingewerbetreibenden mit geringem Einkommen der bezahl-

bare Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung geöffnet werden.“

Die im Herbst dieses Jahres anstehende Bundestagswahl haben die Fachverbände nach Lippels Worten zum Anlass genommen, Forderungen aus der Beratungspraxis an die Politik heranzutragen. So sei der Rechtsanspruch auf eine Schuldnerberatung unabhängig vom Einkommen und von der persönlichen Situation des Ratsuchenden endlich gesetzlich festzuschreiben. „Das Netz der gemeinnützigen Beratungsstellen muss bundesweit bedarfsgerecht ausgebaut werden, gerade in ländlichen Räumen gibt es immer noch Lücken. Diese Beratungsstellen müssen alle personell und materiell ausreichend ausgestattet werden“, sagt der Berater.

Lippel plädiert für eine Stärkung des Schuldnerschutzes durch die Weiterentwicklung des Pfändungsschutzkontos ebenso wie für die Einführung einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder, um Kinderarmut vorzubeugen.

Aktionswoche Schuldner- Beratung vom 19. bis 23. Juni

NIENBURG. Alljährlich findet im Juni die von den Wohlfahrts- und Fachverbänden durchgeführte bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung statt, in diesem Jahr vom 19. bis zum 23. Juni mit dem Schwerpunkt „Überschuldete brauchen starke Beratung“. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer Stärkung der Rahmenbedingungen für eine gute Schuldnerberatung.

Die im Herbst diesen Jahres anstehende Bundestagswahl, so Schuldnerberater Wolfgang Lippel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Nienburg, haben die in der AG SBV zusammengeschlossenen Fachverbände zum Anlass genommen, Forderungen aus der Beratungspraxis an die Politik heranzutragen. So sei der Rechtsanspruch auf eine Schuldnerberatung, unabhängig vom Einkommen und von der persönlichen Situation des Ratsuchenden, endlich gesetzlich festzuschreiben. Auch müsse das Netz der gemeinnützigen Beratungsstellen bundesweit bedarfsgerecht ausgebaut werden, gerade in ländlichen Räumen gäbe es immer noch Lücken. Diese Beratungsstellen müssen alle personell und materiell ausreichend ausgestattet werden, um die Qualität der Beratung zu sichern.

Zu einer starken Beratung gehöre auch der Einsatz für die Bedürfnisse der Überschuldeten. Hier sei die Stärkung des Schuldnerschutzes wichtig, so durch die Weiterentwicklung des Pfändungsschutzkontos nach Empfehlungen aus der Beratungspraxis.

Ebenso ist die bedarfsdeckende Existenzsicherung zu nennen mit entsprechender deutlicher Anpassung der Leistungen der Grundsicherung und Wiedereinführung von einmaligen Leistungen. Auch die Einführung einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder sei ein Schritt gegen die Kinder- und Familienarmut.

Die Grundversorgung mit Energie gehöre gestärkt. Hier seien die tatsächlichen Kosten, die bei der Grundsicherung wie Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe nur zu einem geringen Teil eingerechnet werden, vollständig zu berücksichtigen. Und wenn es Schulden bei der Krankenversicherung gäbe, müssten die Betroffenen trotzdem eine Regelversorgung erhalten können. Ebenso müsse beruflich Selbstständigen und Kleingewerbetreibenden mit geringem Einkommen der bezahlbare Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung geöffnet werden. *DH*

Volksbank-Azubis gegen Jugendverschuldung

Kirchlintler nehmen erfolgreich am Workshop „#lifelesson“ teil / Das eigene Konsumverhalten im Blick

KIRCHLINTELN ▪ Jugendverschuldung ist ein verbreitetes und alarmierendes Phänomen. „Der falsche Umgang mit Geld, das mangelnde Wissen über Finanzen, eine geringe Planungskompetenz und die unkontrollierte Erfüllung von Konsumwünschen sind Ursachen, die zu finanziellen Schwierigkeiten oder gar zur Überschuldung junger Menschen führt“, schreibt die Volksbank Aller-Weser in einer Pressemitteilung über ihr Projekt „#lifelesson“, das junge Erwachsene für dieses Thema sensibilisieren soll und das von den Auszubildenden des Geldinstituts entwickelt wurde. Hinter „#lifelesson“ verberge sich laut Pressemitteilung ein Workshop, der die Persönlichkeit von Schülern und Jugendlichen nicht nur fördere, sondern auch fordere.

In Kooperation mit der Schule am Lindhoop in Kirchlinteln profitierten die neunten Klassen vom Wissen aus



Die Spezialisten und die Gewinner des Workshops „#lifelesson“. ▪ Foto: Volksbank

erster Hand. Holger Nanz vom Verein SoFa referierte zum Thema Konsumverhalten und der Wirkung von Werbung. Wolfgang Lippel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband klärte die Teilnehmer zum Thema Ver- und

Überschuldung auf und Bastian Heming von der Volksbank Aller-Weser erläuterte das „Nachhaltige Wirtschaften“. Als Kundenberater mit langjähriger Erfahrung vermittelte er die Thematik mit starkem Praxisbezug.

Die Spezialisten erarbeiteten mit den Schülern die Themen auf ganz unterschiedliche Weise. So setzte sich die Gruppe um Holger Nanz mit dem Thema Werbung anhand der Gestaltung eines eigenen Produkts und der Wir-

kung von Werbeslogans auseinander, während Wolfgang Lippel eine Gesprächsrunde zu Ver- und Überschuldung wählte. In der Projektgruppe von Kundenberater Bastian Heming wurde den Schülern deutlich gemacht, was für die Erreichung der eigenen Ziele und Wünsche notwendig ist. „Jedoch standen bei jedem der drei Kooperationspartner die Ziele und Wünsche der Jugendlichen im Fokus“, so die Volksbank weiter.

Um das erlernte Wissen abzurunden und zu festigen, erstellte jede Workshop-Gruppe eine kurze Präsentation ihres Themas, damit auch die anderen Gruppen einen Einblick in die jeweiligen Bereiche bekamen. Die Gewinner eines abschließenden Tests erhielten einen „Gutschein der Region“ der Volksbank Aller-Weser nach dem Motto „Aus der Region, für die Region“, den sie bei örtlichen Geschäften, wie zum Beispiel im Kino, einlösen können.

Gegenseitiges Vertrauen bekräftigt

Sparkasse fördert die Schuldnerberatung des Paritätischen mit 5 800 Euro

LANDKREIS. In Kooperation mit dem Land Niedersachsen leisten die niedersächsischen Sparkassen auch im Jahr 2017 einen Beitrag zur Finanzierung der sozialen Schuldnerberatung. Gefördert wird eine Vielzahl von Einrichtungen, darunter die Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg. Aus diesem Anlass überreichte Winfried Schmierer, Vorstandsmitglied der Sparkasse Nienburg, dem Schuldnerberater des Paritätischen, Wolfgang Lippel, einen Scheck über die diesjährige Fördersumme in Höhe von 5 800 Euro, die aus dem örtlichen Reinertrag der Lotterie „Sparen und Gewinnen“ bereitgestellt wird. Das hat die Schuldnerberatung mitgeteilt.

Lippel dankte der Sparkasse für die kontinuierliche Förderung, die für die Aufklärungs- und Beratungstätigkeit der Einrichtung von erheblicher Bedeutung sei. Er hoffe, dass die vom Land gemeinsam mit dem Sparkassenverband Niedersachsen getragene Unterstützung auch in den nächsten Jahren ihre Fortsetzung finde. Das



Schuldnerberater Wolfgang Lippel (links) und Sparkassenvorstand Winfried Schmierer.

FOTO: SCHULDNERBERATUNG

Verhältnis zu den örtlichen Kreditinstituten beschrieb Lippel als gut. Die Zusammenarbeit mit der Sparkasse Nienburg sei von gegenseitigem Vertrauen geprägt.

Vorstand Schmierer unterstrich, dass sich die Zusammenarbeit der Sparkasse mit der Schuldnerberatung nicht allein auf die finanzielle Förderung beschränke. Häufig

sei es im Tagesgeschäft gelungen, überschuldeten Kreditnehmern gemeinsam zu helfen, zum Beispiel beim Erhalt oder Einrichten von Girokonten auf Guthabenbasis. Diese würden auch überschuldeten Menschen die Möglichkeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eröffnen, ohne weitere Verschuldung zuzulassen. Auch die Einrich-

tung von pfändungsgeschützten Konten und das Bescheinigen pfändungsgeschützter Beträge sei Bestandteil der Zusammenarbeit.

Der Schuldnerberater betonte, es seien weniger die Sparkassen und Volksbanken vor Ort, die Haushalte in die Überschuldung führen würden. Finanzielle Probleme resultierten häufig aus generel-

lem Einkommensverlust und ständiger Einkommensarmut durch andauernde Arbeitslosigkeit oder nur gering bezahlter Arbeit. Auch Unfälle oder schwere Erkrankungen mit Erwerbsunfähigkeit führten häufig zur Zahlungsunfähigkeit, ebenso Trennungen von Paaren oder der Tod des Partners. Diese Punkte, so zeigen seit Jahren Statistiken und Studien, sind die Hauptursachen für Überschuldung.

Verschärft würden diese Probleme durch eine teilweise unverantwortliche Kreditvergabe einzelner überregionaler Banken sowie die vielfältigen Möglichkeiten des Ratenkaufes. Darüber hinaus entwickelten sich Schulden im Handy- und Internethandelsbereich nicht nur bei jungen Menschen zu einem stetig wachsenden Problem. Außerdem würde immer deutlicher, dass die finanzielle Allgemeinbildung von Teilen der Bevölkerung stark verbesserungsbedürftig sei. Hier sei gerade die Bildungspolitik gefordert, entsprechende Lehrinhalte in den Unterricht zu integrieren. *DH*

Wenn es kalt und dunkel wird

Bundestagskandidaten diskutieren über Stromsperren am 11. September in der Nienburger VHS

NIENBURG. „Zappenduster und eiskalt – Energiearmut als gesellschaftspolitische Herausforderung“ Unter diesem Titel bietet der Arbeitskreis „Stoppt Energiesperren“ in Zusammenarbeit mit der Nienburger Volkshochschule (VHS) einen besetzten Vortrags- und Diskussionsabend im VHS-Haus in der Rühmkorfstraße an. Am Montag, 11. September, um 19.30 Uhr nehmen die Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien zum Thema Stellung.

Zum Arbeitskreis „Stoppt Energiesperren“ haben nach Angaben der VHS sich mehrere Institutionen zusammen gefunden – Beratungsstelle „WohnWege“, Diakonisches Werk Nienburg, Paritätischer Wohlfahrtsverband Nienburg und die „Bürgerinitiative Bedingungsloses Grundeinkommen“, um diesem unhaltbaren Zustand entgegen zu wirken.

Einige kleinere Verbesse-



Die Initiatoren der Diskussionsrunde (von links): Dieter Labode, Bernd Brieber, Wolfgang Kopf, Matthias Mente und Wolfgang Lippel.

FOTO: VHS NIENBURG

rungen wie ein einheitlicher Ansprechpartner und eine deutlich bessere Kommunikation in Problemfällen mit dem Grundenergie-Versorger EON seien bereits erreicht worden, aber eine grundlegende Lösung dieses gesellschaftspolitischen Problems sei bisher nicht in Sicht.

Die VHS biete daher das Forum, um diese Problematik in größerem Rahmen zu diskutieren. Und die bevorstehende Bundestagswahl biete Gelegenheit, die Parteien auf ihre Positionen „abzuklopfen“.

„Die Versorgung von Haushalten mit Energie und Was-

ser ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Die Wasserversorgung und Haushaltsenergie wie Strom und Gas gehören zum Existenzminimum eines Menschen. Trotzdem wird in Deutschland jedes Jahr bei bis zu 800000 Haushalten Gas oder Strom abgestellt,

weil die Rechnungen nicht bezahlt wurden. Darunter sind viele Haushalte mit Kindern. Durch die steigenden Energiepreise hat sich die Situation bundesweit deutlich verschärft. Die Menschen in diesen Haushalten können keine elektrischen Geräte mehr betreiben und leben in dunklen und kalten Wohnungen, die dann, auch dem Gesetz nach, als unbewohnbar gelten“, heißt es weiter.

Tiana Preuschoff, Referentin Energierecht der Verbraucherzentrale Niedersachsen, will weitere Informationen zum Thema beisteuern.

Es diskutieren: Maik Beermann (CDU), Marja-Liisa Völlers (SPD), Katja Keul (Bündnis 90/Grüne) und Torben Franz (Die Linke). Die Diskussion moderiert der ehemalige Nienburger Bürgermeister Peter Brieber. *DH*

➔ Eine Anmeldung zu dieser Veranstaltung ist nicht erforderlich, sie ist gebührenfrei.